

Kleve, erstellt am: 22.09.2007
KiBiZ spaltet Fraktionen im Kreis

(RP) kreis kleve (lud) Das umstrittene Kinderbildungsgesetz (KiBiZ) darf nicht zu höheren Elternbeiträgen führen. Darin war sich der Kreistag einig, als er um Resolutionen an die Landesregierung wegen der Gesetzespläne stritt. Die CDU ist der Ansicht, dass die höheren Kosten Düsseldorf und die Kommunen tragen sollen, wenn das Beitragsaufkommen der Eltern nicht die geforderten 19 Prozent der gesamten Kosten erbringt. Die SPD meint, dass das Land die höheren Ausgaben allein tragen soll. Die Zuzahlung der Mütter und Väter erreiche niemals 19 Prozent, sondern liege zwischen 13 und 14 Prozent. NRW dürfe seine finanzielle Beteiligung an Ganztagsangeboten nicht deckeln. Falls das Land nur Geld gebe, wenn die Quote bei Ganztagsplätzen unter 25 Prozent sei, sei eine vernünftige Förderung des Nachwuchses nicht mehr gewährleistet, kritisierten SPD und Grüne. Die Aussage war für die CDU ein Knackpunkt, um der rot-grünen Resolution nicht zu folgen. Hans-Jürgen Hartung-Hauke (SPD) war verärgert, dass die Christdemokraten ihre Argumente zu KiBiZ erst kurzfristig mitgeteilt hatten. Der Gesetzentwurf liege schließlich seit Monaten vor. Hartung-Hauke war erbost über das Vorgehen der Christdemokraten und kündigte an, dass es „mittelfristig zu einer Kommunikationsbeeinträchtigung zwischen CDU und SPD“ kommen werde. Eine gemeinsame Linie in der Kinder- und Jugendpolitik wird es dann wohl zwischen den beiden großen Fraktionen nicht mehr geben.